

Neuer Krisenherd: Große Karibik

Nach den gescheiterten Versuchen gesellschaftlicher Reformen im Süden Lateinamerikas (Chile, Argentinien) und im Andenraum (Bolivien, Peru), die überwiegend mit einer Stabilisierung autoritärer Regime verbunden waren, scheint sich das Feld sozio-politischen Wandels im Subkontinent Lateinamerika immer mehr in die Große Karibik zu verlagern: in jenes Gebiet also, das – umgeben von der Supermacht USA und den Mittelmächten Mexiko und Venezuela – aus den Staaten Mittelamerikas und den Antillen der Inselkaribik gebildet wird. Es ist nicht zu übersehen, daß in dieser Region, die die USA seit langer Zeit als „natürliche“ und legitime Einflußsphäre, als ihren „Hinterhof“ betrachtet haben, in den letzten Jahren manches in Bewegung geraten ist. Um nur einige Beispiele zu nennen: der Abschluß eines neuen Vertrags über den Panamakanal; in Puerto Rico der Kampf um einen von den USA unabhängigen Status; der erfolgreiche Aufstand gegen die Somoza-Diktatur in Nicaragua; der Machtwechsel auf Jamaika; die Unabhängigkeitsbemühungen in Belize; die Annäherung der Antilleninsel Grenada an Kuba; der blutige Bürgerkrieg in El Salvador; einige Inseln haben sich aus ihrem kolonialen Status gelöst, und in anderen noch von Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und den USA abhängigen Territorien wächst die Unruhe. Immer deutlicher zeigt sich, daß die Welt der Großen Karibik ihre eigene Dynamik entwickelt hat, die sich auch weltpolitisch zunehmend bemerkbar macht; manche Autoren sprechen von einem Herrschaftsverfall in Mittelamerika und von Entwicklungen in der Inselkaribik, die zu weiteren Machtumschichtungen führen können.

Diese Ereignisse, obwohl scheinbar ohne Verbindung miteinander, deuten die Wiederherstellung historischer Zusammenhänge auf neuer Grundlage an: Die Große Karibik, früher Objekt fremder Interessen, gewinnt unter dem Einfluß von Weltökonomie und Weltpolitik erstmals ein gewisses Maß an Eigenständigkeit, welche aufgrund des strategischen Wertes der Region in hohem Maße konfliktiven Charakters ist. Die USA haben seit dem Clayton-Bulwer-Vertrag (1850), der Großbritannien die Anerkennung nordamerikanischer Vorherrschaft in der Karibik abzwang, mit Hartnäckigkeit den interozeanischen Verbindungsweg gesucht. Ihr Anspruch auf unmittelbaren Zugriff erklärt sich nicht nur aus der räumlichen Nähe, sondern vor allem aus dem hohen und für die USA empfindlichen strategischen Wert der mittelamerikanischen Landbrücke und des karibischen Raumes. Durch das Karibische Meer werden fast vier Fünftel des in den Vereinigten Staaten konsumierten Erdöls transportiert. An seinem Rand liegen die im internationalen Dialog zunehmend selbstbewußter auftretenden Öllän-

der Mexiko und Venezuela. Mit gesicherten Erdölreserven – im Fall von Mexiko nach bisherigen Schätzungen mehr als 60 Milliarden Barrel – und stabilen politischen Verhältnissen haben beide Länder durch ein gemeinsames Abkommen (August 1980), die zentralamerikanischen und karibischen Staaten unter relativ günstigen Bedingungen mit Erdöl zu versorgen, ihre Position und ihren Anspruch in der Region zum Ausdruck gebracht. Ohne viel eigenes Zutun ist der Sowjetunion schon 1959 in diesem lebenswichtigen Nahbereich der USA ein Vorposten von unschätzbarem Wert zugefallen. Sie hat Kuba und seinen zunächst widerspenstigen Führer Fidel Castro im Lauf von zwei Jahrzehnten kräftig unter die Arme gegriffen, dafür aber auch zu einem wirksamen Störpotential ausgebaut. Kuba wird auf die Sowjetunion bezogen bleiben und damit weiterhin für die Dynamik eines politischen Pluralismus konfligierender Ideologien in der Großen Karibik sorgen.

Die Aufzählung der politischen Akteure in der Region und ihrer teils gegensätzlichen Positionen wird hinsichtlich der politischen Brisanz erst deutlich, wenn man sie vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Widersprüche in den meisten dieser Länder selbst sieht. Die Widersprüche drücken neue Kräfteverhältnisse aus und stellen überlieferte Formen der politischen Herrschaft in Frage. Und die manifesten und latenten Symptome des internen Herrschaftsverfalls wirken auf die Region zurück; so sind interne und externe Prozesse ineinander verwoben. Die Große Karibik ist zum Schnittpunkt solcher höchst verwickelter Prozesse geworden. Die Große Karibik ist nicht länger eine kompakte und ohne weiteres folgsame Einflußzone der USA; ehemals weitgehend isoliert von den Strömungen der Weltpolitik, nimmt der Isthmus gegenwärtig einen sichtbaren Platz auf der kontinentalen Szene ein. Mit dieser Entwicklung geht das für die Region durchaus neue Phänomen eines politischen Polyzentrismus einher, in dem jedes Land für sich allein oder gemeinsam mit Verbündeten Gravitationsfelder eigener Art ausbildet und so seine internationale Verhandlungsmacht zu steigern versucht. Eine „imperiale“ Politik der USA wird, wenn sie undifferenziertem Antikommunismus huldigt, diese Situation nur noch verschärfen. Schon jetzt sehen viele als Folge der Bemühungen der USA und Großbritanniens, eine „Küstenwache“ in der östlichen Karibik (Barbados, St. Vincent, St. Lucia, Dominica, Trinidad) zu errichten, eine Stärkung der tatsächlichen Einflußkraft Kubas im nationalen und regionalen Kampf gegen die ungeliebte Supermacht USA; andere befürchten darin ein Instrument baldiger militärischer Intervention. Welche Politik auch immer die Reagan-Administration gegenüber Kuba und Mittelamerika betreiben wird: sie wird ein zentraler Faktor für die gegenwärtige pragmatische Koexistenz, aber noch mehr für die zukünftige Stabilität und Entwicklung der karibischen Staaten sein.

Hans Zwiefelhofer SJ